

Antrag der Fraktion Marburger Linke	Vorlagen - Nr.: VO/0428/2011 Status: öffentlich Datum: 12.08.2011 Eingang: 12.08.2011	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
<u>Beratende Gremien:</u>	Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg	

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bericht des Magistrats über die Aktivitäten der Stadt angesichts steigender Studierendenzahlen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert darüber zu berichten, wie er auf die steigenden Studierendenzahlen der Philipps-Universität zum Wintersemester 2011/2012 im Bereich der öffentlichen Infrastruktur der Stadt zu reagieren gedenkt. Insbesondere geht es um die Frage, welchen Handlungsbedarf der Magistrat für die Stadt Marburg in den Bereichen bezahlbarer Wohnraum, ÖPNV sowie Dienstleistungen der Stadt im Allgemeinen sieht.

Begründung

Die Leitung der Philipps-Universität rechnet mit einem hohen Anstieg der Studierendenzahlen zum kommenden Wintersemester. Von bisher 21.400 soll die Zahl der Studierenden auf 22.500 steigen, eine Rekordzahl. Laut der Präsidentin der Universität Professorin Katharina Krause ist dies sogar eine konservative Schätzung und ein noch größerer Anstieg ist möglich. Angesichts der chronischen Unterfinanzierung der öffentlichen Hochschulen, die auch die Universität Marburg trifft, warnt der AStA vor der Aufnahme eines Studiums in Marburg. Aber der AStA beklagt nicht nur die schwierigen Studienbedingungen wie überfüllte Hörsäle, etc., sondern auch die soziale Situation von Studierenden in Marburg und insbesondere die mehr als angespannte Wohnsituation.

Durch die steigende Studierendenzahl steht der Magistrat vor der Aufgabe, die öffentliche Infrastruktur auf diese neue Situation einzustellen. 1000 neue Studierende wollen auch Bus fahren, müssen irgendwo bezahlbar wohnen und den ein oder anderen Behördengang erledigen. Schon jetzt mangelt es an allen Ecken und Enden an preisgünstigen Wohnungen, an Kapazitäten im ÖPNV (insbesondere in den Stoßzeiten) sowie an Personal in der Stadtverwaltung. Der Magistrat sollte also dringend Stellung dazu nehmen, wie er auf die kommenden Herausforderungen zeitnah reagieren möchte.

**Halise Adsan
Tanja Bauder-Wöhr
Henning Köster
Jan Schalauske**